Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Anschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 30. Postscheckkonto: Leipzig 21366. Girokasse Riesa Nr. 32.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 168. Donnerstag, 22. Juli 1920, abends. 73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langes & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: i. V.: F. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Räude unter den Pferden von O. Gütte in Svansberg ist erloschen.

Großenhain, am 21. Juli 1920.

1193 bEl. Die Amtshauptmannschaft.

Pilzauskunftsstelle Riesa.

Herr Lehrer Reuther erteilt Auskunft in Pilz-Angelegenheiten täglich, während der Unterrichtspausen im Zimmer Nr. 7 der Knabenschule, während der Mittags- und schulfreien Nachmittagsstunden in seiner Wohnung, Schillerstraße Nr. 9.

Treffliche Pilzmodelle (ab und zu auch lebende Pilze), sowie naturgetreue Abbildungen und Pilzaufklärungstafeln sind in den Schaufenstern des Gasthauses „Stadt Dresden", Pausitzer Straße Nr. 7 ausgestellt.

Der Rat der Stadt Riesa, am 20. Juli 1920. Schmn.

Ministerreden in Spa.

tu. Im Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten und in einer besonderen Aussprache mit den Pressevertretern hat der Minister des Auswärtigen Dr. Simons erklärt, daß das deutsche Volk das Ergebnis von Spa nicht als einen Erfolg buchen könne und daß, wenn auch einige Milderungen erreicht worden seien, doch im großen und ganzen eine fast unerträgliche Last übrigbleibe. Auch der französische Ministerpräsident Millerand bezeichnete in der Kammer als den wesentlichsten Erfolg Frankreichs, daß man den Deutschen endlich einmal den Ernst gezeigt habe und daß die Alliierten sich darüber einig geworden seien, in Zukunft nicht mehr mit sich spaßen zu lassen. Beide Minister haben mit besonderem Nachdruck auf die **Möglichkeit hingewiesen**, trotz der Nichtunterzeichnung der Einmarschklausel **bei säumiger Erfüllung des Vertrages durch die Deutschen zur Besetzung des Ruhrgebietes zu schreiten**, und das ist wohl auch in der Tat das wichtigste Ergebnis von Spa, daß die Franzosen die Einwilligung ihrer Verbündeten bei dieser ständigen Bedrohung Deutschlands erreicht haben. Demgegenüber muß man sich fragen, ob das Gewissen der zivilisierten Welt dieser verewigten Erpressertaktik zustimmen würde, wenn nicht eben dieses Gewissen immer noch unter den Folgen des Lügenfeldzuges der Entente falschen und entstellten Anschauungen über das Wesen und den Charakter des deutschen Volkes huldigen würde. Die Verträge von Versailles und Spa waren nur möglich, wenn Deutschland noch immer als der alleinige Urheber des Weltkrieges galt und für dieses größte Verbrechen der Weltgeschichte bestraft werden mußte. Vielleicht ist es die größte Unterlassung der bisherigen Regierungen der deutschen Republik, daß sie nicht das möglichste getan haben, um die Welt von diesem Irrwahn zu befreien. Denn wie man auch über die eigentliche Kriegsursache und den Anteil der damaligen deutschen Reichsregierung an dem Zustandekommen des Weltkonfliktes denken mag, darüber wird wohl in Deutschland und in der gesamten vorurteilfreidenkenden Welt niemand im Zweifel sein, daß das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit am Ausbruch des Weltkrieges völlig unschuldig ist. Ist diese Ueberzeugung erst einmal in die Gehirne der ganzen Welt eingehämmert, dann muß von selbst die Grundlage zusammenbrechen, auf der jene Verträge aufgebaut sind.

*

Schuld am Ausbruch des Krieges.

In einem Leitartikel, der „Ein Geständnis" überschrieben ist, weist die „Humanité" auf eine Rede hin, die General Castelnau dieser Tage in Saint Cyr vor Offiziersschülern gehalten hat. In dieser Rede sprach der General von der militärischen Generation vor dem Kriege und sagte, die Armee jener Tage sei von freudigstem Patriotismus erfüllt gewesen und habe mit stürmischer Leidenschaftlichkeit einen baldigen Kampf herbeigewünscht. Sie hätte sich dem Werke der Revanche geweiht, die der letzte und erhabenste Gedanke der vor 50 Jahren gefallenen Väter und Brüder gewesen war. — Das sozialistische Blatt erblickt in diesen Worten einen erneuten Beweis dafür, daß die militärische Kaste in Frankreich mit vollem Bewußtsein auf den Krieg hingehetzt habe. Es könne, so meint das Blatt, kein Zweifel mehr bestehen, daß die führenden Politiker sowohl Frankreichs als Deutschlands gleichermaßen am Ausbruch des Krieges schuldig seien, die Poincare und Delcasse ebenso wie die Wilhelm und Joseph.

Die Auslieferung an die Entente.

Geh. Kommerzienrat Klöckner erklärte den Stadtverordneten in Duisburg, daß die Abmachungen in Spa für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk das Todesurteil bedeuten würden. Das schlimmste aber würden die Verhandlungen in Genf bringen, wo man Deutschland dazu zwingen werde, Hypotheken auf Zechen und alle industriellen Werke aufzunehmen und sie der Entente auszuliefern. Ein sozialistischer Arbeitervertreter erklärte darauf, daß letzten Endes doch die Bergarbeiter beschließen würden, was in Wirklichkeit geschehe.

*

Früherer Zusammentritt des Reichstags.

Der Aeltestenrat des Reichstages trat Mittwoch mittag um 12 Uhr zusammen und beschloß mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der in Spa getroffenen Entscheidungen, den Reichstag, statt, wie in Aussicht genommen, am 28., bereits am 26. Juli zusammentreten zu lassen. Die Sitzung soll nachmittags 5 Uhr beginnen. Auf der Tagesordnung steht die Wiederholung der Präsidentenwahl und Entgegennahme von Berichten des Reichskanzlers und des Ministers des Auswärtigen über Spa; außerdem kleine Vorlagen. Es ist beabsichtigt, die Besprechung über Spa am Dienstag nachmittags 1 Uhr zu beginnen und an diesem Tage noch zu Ende zu führen. Man hofft, das reichhaltige Arbeitsprogramm bis Anfang August bewältigen zu können.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten.

Gestern vormittag fand in Berlin unter der Leitung des Reichskanzlers eine Sitzung der Ministerpräsidenten der Länder statt, die der Aussprache der Beschlüsse von Spa galt. Der Reichskanzler eröffnete die Besprechung mit einer Begrüßung der erschienenen Herren und erteilte sodann dem Reichsminister des Auswärtigen das Wort zur Berichterstattung. An den Vortrag des Ministers des Auswärtigen Dr. Simons schlossen sich Darlegungen des Reichswehrministers Geßler über die militärische Frage und des Reichsministers des Inneren, Koch, über die technischen Fragen der Entwaffnung. Der Berichterstattung folgte eine mehrstündige Aussprache. Dabei kam von den verschiedensten Seiten die Sorge über die schweren militärischen Bedingungen zum Ausdrucke, die uns von der Entente angesichts unserer schwierigen politischen Lage auferlegt worden sind. Ebenso wurden die Lasten des Kohlenabkommens für unsere Arbeiterschaft und für unsere Industrie sehr ernst beurteilt. Gleichwohl wurde anerkannt, daß die Delegation in Spa nicht in der Lage war, andere Ergebnisse zu erzielen. Es wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß alles daransgesetzt werden müsse, den Verpflichtungen des Abkommens gerecht zu werden. Außer den Mitgliedern des Reichskabinetts nahmen an der Konferenz u. a. teil der sächsische Ministerpräsident Buck und der sächsische Gesandte Dr. Koch.

Die Verhandlungen im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten.

Der Ausschuß des Reichstages für auswärtige Angelegenheiten setzte gestern vormittag die Verhandlungen über das Abkommen von Spa fort. Alle Redner betonten die schweren wirtschaftlichen Folgen des Kohlenabkommens, das sie teilweise als undurchführbar bezeichneten. Auch die Frage des Ostens kam zur Sprache. Frau Sender teilte mit, in Ludwigshafen seien große Waffentransporte der Entente zur Durchfuhr nach Polen eingetroffen, deren Beförderung die Arbeiter abgelehnt hätten. Reichsminister Dr. Simons erklärte, daß, was die Delegation heimgebracht habe, jetzt eine schwere Belastung unserer Bevölkerung und Wirtschaft. Auch er habe große Zweifel, ob wir die Leistungen erfüllen könnten. Die Unterzeichnung des Abkommens habe schwere Kämpfe gekostet. Wir müßten bestrebt sein, dahin zu arbeiten, daß die Gegner unsere Situation und die Grenzen unseres Vermögens erkennen; nur so würden sie einsehen, daß auch sie ein gewisses Interesse an der Sprengung unserer Fesseln haben. In der Entwaffnungsfrage trat der Minister falschen Auslegungen seiner Aeußerungen in der Pressekonferenz entgegen. Er habe dabei etwa an die kanadischen Konstabler gedacht und gemeint, daß man vielleicht jemanden, der mit dieser Organisation vertraut sei, bitte, uns Rat zu erteilen. Selbstverständlich habe er nicht einen Augenblick an die Durchführung der Entwaffnung durch fremde Polizei gedacht. Durch unsere Neutralitätserklärung werde betont, daß wir mit Polen und Rußland in Frieden leben, daß wir aber unsere Grenzen gegen die Truppen beider Länder schützen und eventl. übertretende fremde Truppenteile entwaffnen müßten. Wenn etwa von der Entente beabsichtigt sei, Deutschland als Etappe und Durchmarschgebiet nach Rußland für den Fall einer Unterstützung der Polen zu betrachten, so dürfe kein Deutscher sich einer solchen Absicht schweigend beugen oder zu ihrer Durchführung helfen. Für Genf sei uns durch den Präsidenten der Konferenz in Spa ausdrücklich zugesichert, daß die deutschen Vorschläge zur Basis der Verhandlungen genommen würden. Der Minister bat, daß alle Kräfte angespannt werden, durch die Annahme der Protokolle größere Ruhe im Innern und Vertrauen bei den anderen herbeizuführen.

Eine deutsche Note.

In der deutschen Note betr. den Vormarsch der Bolschewisten, über die der Reichsminister Dr. Simons in der Sitzung des Reichstagsausschusses noch berichtete, wird, wie der „Vorwärts" erfährt, der Entente mitgeteilt, der **militärische Schutz in Ostpreußen sei durch Ortswehren verstärkt worden.** Zugleich betont die Note die Notwendigkeit, **die äußeren Grenzen der Abstimmungsgebiete durch deutsche Truppen schützen zu lassen,** da diese neutral seien, während die Franzosen, die im Kriege mit Rußland stehen, die russischen Truppen angreifen und damit den Krieg auf deutschen Boden tragen würden.

Zur Sitzung des Reichswirtschaftsrates.

In der heutigen Vollsitzung des Reichswirtschaftsrats wird zunächst Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz und dann der Ernährungsminister Hermes sprechen. Darauf wird Dr. Simons seinen Spa-Bericht geben, an den sich die Aussprache anschließt. Gestern fand bereits eine Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses statt. Sein Vorsitzender Dr. Kremer wies die Presseangriffe zurück, der Reichswirtschaftsrat beabsichtige, eine Vorzugsstellung gegenüber dem Reichstag einzunehmen. Es sei nicht die Schuld des Reichswirtschaftsrats, wenn der Reichstag erst später zusammentrete. Der wirtschaftspolitische Ausschuß ernannte bereits eine achtzehngliedrige Kommission zur Besprechung der innerpolitischen Lage. — Wie an maßgebender Stelle verlautet, werden zur Besserfundierung des Reichswirtschaftsrats 12 Bezirkswirtschaftsräte eingerichtet werden. Dagegen erscheint es unwahrscheinlich, daß noch ein Landeswirtschaftsrat als Zwischenglied zwischen den Bezirksräten und dem Reichswirtschaftsrat eingerichtet werden wird, da man der Ansicht ist, daß eine solche Gliederung den Gang der Verhandlungen und das Inkrafttreten von Gesetzen nur erschweren und verschleppen würde. Auch würden sich wirtschaftlich zusammengehörende Gebiete wohl nicht in die Landesgrenzen einbeziehen lassen.

Smillie bezweifelt Deutschlands Kohlenlieferung.

Der „Nieuwe Cour." meldet aus London: Der Bergarbeiterführer Smillie wies in einer Rede in Northumberland darauf hin, daß die Kohlenlieferung in Deutschland infolge der ungenügenden Ernährung der Bergleute sehr zurück gegangen sei. Er ist der Ansicht, daß Deutschland, wenn die Entente an ihren Forderungen festhält, niemals imstande sein werde, die verlangten Kohlenmengen zu liefern, ohne daß gleichzeitig der deutschen Industrie ein derartiger Schaden zugefügt werde, daß von der Bezahlung einer Entschädigung keine Rede mehr sein könne.

Ergebnis des Untersuchungsausschusses gegen die Marineoffiziere wegen der Märzvorgänge.

Der unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stock arbeitende und paritätisch zusammengesetzte Untersuchungsausschuß im Reichswehrministerium für die Prüfung des Verhaltens der Offiziere während der Märzvorgänge hat die Untersuchung gegen die Marineoffiziere abgeschlossen. Insgesamt wurden 230 Offiziere beschuldigt. Der Ausschuß hat die Fälle folgendermaßen abgeschlossen: 1. Bei 5 Fällen ist Verabschiedung, 2. bei 13 Fällen Dienstentlassung, 3. bei 41 Fällen Beurlaubung, 4. bei 11 Fällen Versetzung, 5. bei 23 Fällen Umkommandierung, 6. bei 12 Fällen Disziplinaruntersuchung, 7. bei 120 Fällen ist beantragt worden, nichts zu unternehmen. Bei den unter 1. bis 4. genannten Fällen sind die Akten sämtlich dem Oberreichsanwalt zur gerichtlichen Klarstellung und evtl. Aburteilung übergeben. Außerdem wurden in weiteren 30 Fällen der Anträge 5. bis 7. die Akten aus den gleichen Gründen dem Oberreichsanwalt überwiesen. Die Referate für die Beamten und das Unterpersonal der Marine werden in den nächsten Tagen ihre Arbeit abgeschlossen haben. An Beschuldigungen gegen Offiziere aus der Reichswehr sind insgesamt 509 eingelaufen, von denen z. Zt. mehr als 300 erledigt worden sind. Als Revisionsinstanz für angeblich wegen ihres Verhaltens in den Märztagen entlassene Unteroffiziere und Mannschaften in der Reichswehr ist ein Referat eingerichtet, das mitten in seiner Arbeit steht.

Unmittelbarer Schriftverkehr mit gegnerischen Gläubigern und Schuldnern.

Amtlich wird bekannt gemacht: Die Ausgleichsämter von Großbritannien, Frankreich und Belgien haben ihre Zustimmung dazu erteilt, daß hinsichtlich der am Ausgleichsverfahren teilnehmenden Forderungen und Schulden britische, französische und belgische Gläubiger und Schuldner mit ihren deutschen Schuldnern und Gläubigern in unmittelbarem Schriftverkehr treten, um die Höhe ihrer Forderungen und Schulden, sowie Einzelheiten dieser Forderungen und Schulden klar zu stellen, insbesondere auch Kontoauszüge miteinander zu vergleichen. Da die deutschen zuständigen Stellen von jeher ganz allgemein den rein informatorischen unmittelbaren Verkehr zwischen den am Ausgleichsverfahren beteiligten Gläubigern und Schuldnern als zulässig erachtet haben, so steht einem unmittelbaren Schriftwechsel zwischen deutschen Gläubigern und Schuldnern einerseits und den Angehörigen der genannten Gegenstaaten andererseits innerhalb des bezeichneten Rahmens kein Hindernis mehr im Wege. Ueber diesen Rahmen hinausgehende Verhandlungen, namentlich Verhandlungen über die Bezahlung oder sonstige Regelung der Schulden dürften dagegen nach wie vor nur durch Vermittlung der Ausgleichsämter erfolgen. Deutschen Gläubigern und Schuldnern, die mit gegnerischen Staatsangehörigen in den hiernach zulässigen unmittelbaren Verkehr treten, wird in ihrem eigenen Interesse dringend empfohlen, Kopien ihrer Schreiben und die Unterschriften der Antworten des Gegners aufzubewahren, um sie auf Verlangen dem Reichsausgleichsamt vorzulegen.

Volksabstimmung auch in den abgetretenen Gebieten?

Das westpreußische Abstimmungsrecht, das durch seine überwältigende deutsche Mehrheit das Abstimmungsrecht selbst überhaupt unberechtigt erscheinen ließ, veranlaßt die abstimmungslos abgetretenen Deutschen im Osten, wie wir an amtlicher Stelle erfahren, nunmehr auch für sich das Abstimmungsrecht zu fordern. In einer im Kreise Flatow von Tausenden abgehaltenen Versammlung wurde im Namen von 25 000 Deutschen gegen die Nichtabstimmung protestiert. Aehnliche Versammlungen fanden auch in Deutschkrone und Soldau statt. Im Soldauer Gebiet gehen bereits Gerüchte um, die Entente werde demnächst für eine Volksabstimmung eintreten.

Die interalliierte Kommission ließ eine **Erleichterung der Paßbestimmungen** für die Ein- und Ausreise nach dem **oberschlesischen Abstimmungsgebiete** eintreten. Insbesondere waren Paßschwierigkeiten für Gerichtsvorladungen hemmend aufgetreten. Die Kommission ordnete deshalb an, daß künftig alle Vorladungen der Gerichte außerhalb des Abstimmungsgebietes auch als Pässe für die Einreise nach Oberschlesien gültig sein sollen. Diese Vorladungen müssen nur den Vermerk Gerichtssache tragen.

Deutsche Kriegsgefangene finden Unterkunft in Japan.

Wie die letzten Heimkehrer aus Sibirien mitteilen, hat die Handelskammer in Tokio das Ersuchen von etwa 700 deutschen Kriegsgefangenen aus Sibirien, größtenteils technischen und geschulten Arbeitern der elektrischen Industrie, bei der japanischen Regierung dahingehend befürwortet, daß diese Deutschen in Japan bleiben können und Beschäftigung erhalten. Sie sollen im Bahnbau und in der elektrischen Industrie Arbeit nachgewiesen erhalten. Auch wurde eine Anzahl Textilfachleute aus Deutschland, die sich unter den Gefangenen befanden, eingestellt.